

grün:inhalt:

Seite 2

- *Energie sparen macht öffentliche Gebäude zu Sparbüchsen*
- *Geld für höhere Mauern fährt Strafvollzug gegen die Wand*

Seite 3

- *Weder christlich noch sozial: Rotstift im Bildungsbereich*
- *Neue Jugendprojekte in den Stadtteilen*

Seite 4

- *Verkauf von Gewoba-Anteilen und Hartz IV*
- *Verschärfungen für EmpfängerInnen von Alg II*

Seite 5

- *Grünes Gutachten zur Lage im Ausländeramt*
- *Eigeninitiative fördern, Ich-AG erhalten!*

Seite 6

- *Grünes Modell für Umgestaltung des BWK-Geländes*
- *Kunst an der Schlachte zeigt Lühmann und Puschmann*

grüne ecke

Den richtigen Riecher ...

... hat Ronald-Mike Neumeyer mit seinem Dienstwagenwechsel von Erdgas hin zu Diesel nicht bewiesen. Damit der Umweltsenator

auch außerhalb seines Gefährts am Dieselgeruch identifiziert werden kann, überreichte ihm Karin Mathes in der Sitzung der Umweltsenatsdeputation ein Fläschchen Parfüm der Marke ›Diesel‹.



Bremer Haus 2006/2007

Halt!

Zukunft gestalten statt Chaos verwalten

Die Finanz- und Haushaltspolitik der großen Koalition ist unseriös und gefährdet die Zukunft des Bundeslands Bremen: massive Einsparungen auf der einen, ungeheure Geldverschwendung auf der anderen Seite. Karoline Linnert über einen notwendigen Kurswechsel.

Wer dabei war, kann den Verlauf der Haushaltsberatungen nur mit zwei Worten zusammenfassen: Chaos pur. Und das Ergebnis ist nicht besser: Versucht man den Haushaltsentwurf 2006/2007 nachzuzeichnen, ergibt sich ein Schnittmusterbogen voller Zickzacklinien, den keiner durchblickt (außer unser grüner Frosch auf Seite 4). Die große Koalition verzichtet weitgehend auf eine mittelfristige Finanzplanung und lässt Millionenausgaben wie für den Jade-Weser-Port oder die Investitionen für die Krankenhäuser unerwähnt. Der Senat scheut sich, das ganze Ausmaß der Vorbelastungen für die Zukunft zu benennen. Von Klarheit und Wahrheit, Grundlagen einer seriösen Haushaltspolitik, ist keine Spur. Das gilt auch für den Umgang mit der weiterhin hohen Investitionsquote. Der in Artikel 131a Landesverfassung vorgeschriebene Nachweis, dass bei Überschreitung des Kreditrahmens unabwendbare Gründe für die Geldausgabe vorliegen müssen, wird mit formalen Begründungen umschifft. Eine kritische Bewertung konkreter, auch bereits beschlossener Projekte wird vom Senat peinlichst vermieden.

Die Grünen halten diese Vorlage für nicht beratungsfähig und haben deshalb einen

Leitantrag eingereicht, der exemplarisch aufzeigt, wo Richtungsänderungen notwendig sind und was verzichtbar ist. Auf vieles Wünschenswerte haben wir mit Blick auf das Machbare verzichtet und schlagen auch Einsparungen vor, die uns schwergefallen sind. Unseren wichtigsten Schwerpunkt setzen wir in den Bereichen Bildung und Wissenschaft. Dort wollen wir auch mehr Geld ausgeben, z. B. für qualifizierte Zweitkräfte in den Kindertagesstätten und für neue Ganztagschulen. Wir schlagen u.a. folgende Einsparmöglichkeiten vor: die Schließung der Bremer Aufbau-Bank, keine Zuschüsse für die Rennbahn, keinen Ausbau der Schwachhauser Heerstraße/Concordia-Tunnel und der B 74, keine weitere Hotelförderung (den vollständigen Antrag finden sie unter www.gruene-bremen.de).

Die engen Spielräume im Haushalt erlauben keine Prestigeprojekte, Doppelstrukturen oder Subventionswildwuchs. Viele notwendige Einsparungen werden die Bürgerinnen und Bürger direkt treffen. Verständnis kann die Politik nur erwarten, wenn sie beim Sparen Augenmaß und soziale Kompetenz beweist und die hier lebenden Menschen, ihre Sorgen und Nöte im Blick behält.

grün: **Aktion**



Von links nach rechts: Anja Stahmann, Carsten Ahrens, Hildegard Kamp und Karoline Linnert

Raus aus dem Elfenbeinturm

Das Neue Museum Weserburg aus dem Elfenbeinturm zu holen, es für breitere Bevölkerungskreise zu öffnen und mehr »junge Kunst« anzubieten – dies sind die erklärten Ziele von Carsten Ahrens, dem neuen Direktor des NMWB. Die Grünen, die zu Gast in der Weserburg waren, ließen sich von seinem Konzept überzeugen: Die Besucherzahlen sind leicht angestiegen; für das Jahr 2007 rechnet Ahrens mit 50.000 BesucherInnen.

Zukunft der VHS nicht aufs Spiel setzen

Die von der großen Koalition geplanten Kürzungen der öffentlichen Zuschüsse für die Volkshochschule (10%) gehen an die Substanz. Karin Krusche, kulturpolitische Sprecherin: »Die VHS muss auch in Zukunft in der Lage sein, ihren Bildungsauftrag zu erfüllen. Ihre vergleichsweise günstigen Kurse sind ein Garant dafür, dass breiten Bevölkerungsschichten bezahlbare Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dies ist gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit besonders wichtig. Niemand in Bremen ist per se vom Sparzwang ausgenommen, aber eine pauschale Kürzung, ohne deren Auswirkungen zu berücksichtigen, lehnen wir ab.«



Nachtwanderer: Nachahmung erwünscht

Auf ihrem nächtlichen Streifzug durch Vegesack begleiteten Dirk Schmidmann und Matthias Güldner die Nachtwanderer. »Das ehrenamtliche Engagement von Männern und Frauen ist vorbildlich im Sinne der Prävention«, lobt Dirk Schmidmann den Einsatz der Nachtwanderer, die nächtens durch Jugendeinrichtungen und soziale Brennpunkte touren und dort für Jugendliche als Ansprechpartner fungieren. Matthias Güldner appelliert an Eltern mit türkischen oder russischen Sprachkenntnissen, sich den Nachtwanderern anzuschließen: »Das würde den Kontakt zu Jugendlichen mit Migrationshintergrund erleichtern.«

Energie sparen – Geld sparen

Die immensen Ausgaben für Strom und Wärme in öffentlichen Gebäuden könnten schon lange erheblich niedriger sein. Doch Energieeinsparung ist für die große Koalition noch immer ein Fremdwort.

Jährlich zahlt Bremen ca. 21 Millionen Euro Energiekosten für die von der GBI (Gesellschaft Bremer Immobilien) verwalteten Gebäude. Die Grünen versuchen seit Jahren, Energieeinsparung insbesondere im öffentlichen Gebäudebestand zu befördern. Drei Vorteile liegen auf der Hand: Das Klima würde wegen verminderter Kohlendioxidfreisetzung geschont, der Bremer Haushalt aufgrund geringerer Energiekosten entlastet und das örtliche Handwerk gestärkt. Und das alles wäre bei vielen Gebäuden umsonst zu haben: »Energieeinspar-Contracting« (ESC) ist das Zauberwort, eine intelligente Möglichkeit, Energieeinsparungen ohne öffentliches Geld zu realisieren. Der Contractor, ein privater Investor oder ein Unternehmen, führt in dem Gebäude/den Gebäuden Investitionen und Maßnahmen durch, die deutlich Energie sparen. Das können z. B. eine effizientere Beleuchtung, eine neue

Heizungsanlage oder die Sanierung der Gebäudehülle sein. Seine Aufwendungen werden dem Contractor über die eingesparten Energiekosten vergütet. Nach Vertragsabschluss kommt die gesamte Energiekosteneinsparung dem städtischen Haushalt zu Gute. Das Klinikum Reinkenheide in Bremerhaven beispielsweise wird durch den Energiespar-Garantie-Vertrag mit einem privaten Energiedienstleister knapp eine Million Euro jährlich an Energiekosten einsparen.

»Während andere Städte wie Berlin, Köln und Stuttgart von einer solchen Win-Win-Situation ausgiebig Gebrauch machen, hat Bremen die Entwicklung verschlafen«, bringt Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin, das Versagen der SPD/CDU-Koalition auf den Punkt. »Chancen wurden vertan, Steuergelder werden weiter unnötig verheizt.«

Strafvollzug braucht Neuausrichtung

Die Koalition will viel Geld ausgeben für Zäune und höhere Mauern, Videokameras und einen neuen Verwaltungstrakt

Fast anderthalb Millionen Euro sollen allein für ein High-Tech-Funkgerätesystem zu Buche schlagen, das noch nicht einmal auf dem Markt ist. »Sicherheit im Gefängnis gibt es nicht durch Technik, sondern durch das, was innerhalb der Mauern passiert. Die Hafträume müssen dringend saniert werden. Verfassungswidrige Doppelbelegungen müssen abgeschafft werden. Die Räume für den Jugendvollzug sehen aus wie vor hundert Jahren«, erläutert der grüne Rechtspolitiker Jan Köhler dagegen die grünen Prioritäten für die Sanierung des Gefängnisses. »Trotz eindeutiger Rechtslage gibt es nach wie vor keinen selbständigen Jugendvollzug – ein Unding!«

Wegen Personalknappheit werden die Insassen schon jetzt viel zu wenig betreut für die Insassen. Trotzdem soll nach dem Willen des Senats dort noch weiter kräftig gespart werden. »Ohne richtiges Konzept fährt die Anstalt vor

die Wand«, ist sich Jan Köhler sicher. Als erstes müssten diejenigen Gefangenen entlassen werden, die gar nicht zu einer Haftstrafe verurteilt worden sind. Im Schnitt 70 Gefangene verbüßen Ersatzfreiheitsstrafen, im Wesentlichen wegen Schwarzfahrens und Ladendiebstahls. Sie sind zu einer Geldstrafe verurteilt worden, die sie nicht bezahlen konnten. »Wenn Bremen alle Möglichkeiten zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen nutzt, könnten 50 bis 60 Menschen weniger in Haft sein. Dann bleibt dem Personal mehr Zeit für die übrigen Insassen.«

Positive Ansätze nicht kaputtsparen!

»Bessere Bildung und Erziehung von Anfang an!« fordert die grüne Bürgerschaftsfraktion – mehr qualifizierte Zweitkräfte in Kindertagesstätten und intensivere Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr.

Das Fundament im Bildungswesen soll gestärkt werden, deshalb wollen die Grünen auch Haushaltsmittel aus dem Bereich Sekundarstufe II in den Bereich Grundschule umsteuern. In Zeiten knapper Mittel müssen Schwerpunkte gesetzt werden. »Die von der großen Koalition versprochene Kraftanstrengung im Bildungsbereich enttarnt sich als potemkinsches Dorf. Alles soll besser werden, lauten die ständigen Ankündigungen – aber die Wirklichkeit sieht anders aus«, kritisiert die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann. In den nächsten Jahren will der Senat 75 Lehrerstellen streichen. Der Rotstift wird überproportional bei Schulen in sozialen Brennpunkten und der Beschulung von behinderten Kindern angesetzt. »Diese Kürzungen sind weder christlich noch sozial«, kommentiert Anja Stahmann die Pläne der großen Koalition. »Angesichts der PISA-Defizite müssen die Alarmglocken schrillen. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen nicht weniger, sondern mehr, früher und individueller fördern. Positive Ansätze drohen kaputtgespart zu werden.«

Die grüne Bürgerschaftsfraktion fordert den Senat auf, endlich die Stärkung der Schulautonomie voranzutreiben. Der Ausbau von Ganztagschulen soll auch in Zeiten äußerst enger finanzieller Spielräume ein Schwerpunkt für Bremen bleiben.

Neue Ideen für die Jugendarbeit

Die Entscheidungen über die Zukunft der Jugendarbeit sollen von den Beiräten und Stadtteilakteuren getroffen werden. Dabei ist für Grüne besonders wichtig, die Jugendlichen in diesen Prozess an zentraler Stelle mit einzubeziehen, dies passiert viel zu selten. Wer aber neue Ideen und Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit entwickeln und ausprobieren möchte, der braucht dafür auch Geld – nicht viel, aber doch genug, um über das bloße Aufrechterhalten bestehender Strukturen hinauszugehen. Deshalb fordern die Grünen in den Haushaltsberatungen einen Innovationstopf, aus dem die Stadtteile neue Projekte anstoßen können. Wenn diese Angebote den Jugendlichen gefallen, kann der Stadtteil danach entscheiden, sie aus seinem Stadtteilbudget weiter zu finanzieren. Das Geld aus dem Innovationstopf soll über den Verteilungsschlüssel des Anpassungskonzepts auf die Stadtteile verteilt, es kann aber nur für neue Projekte und nicht für Regelaufgaben ausgegeben werden.



– Anzeige –

grün: *Neues aus der Bürgerschaft*

Grüne Erfolge

Drei Anträge der grünen Fraktion wurden in der Mai-Bürgerschaft mit den Stimmen der großen Koalition beschlossen: In Kindertagesstätten sollte es nach Ansicht der Grünen mehr männliche Mitarbeiter geben. Vom Senat fordern die Parlamentarier deshalb eine umfassende Strategie, dieses Berufsbild für junge Männer attraktiver zu machen. Jugendliche vor fortschreitender Verschuldung schützen wollen

die Grünen und schlagen vor, im Schulunterricht konkrete Bezüge zur finanziellen Lebenswirklichkeit der Schüler herzustellen und besser über Angebote wie z. B. Schuldnerberatung zu informieren. Und schließlich wird auf grüne Initiative demnächst die KammerCard auch für Langzeitarbeitslose eingeführt. So kommen auch Menschen mit sehr geringem Einkommen in den Genuss von Preismäßigungen für Kultur- und

Dirk Schmalzmann 3011-233

Informationsfreiheit

Auch Bremen hat nun endlich ein Informationsfreiheitsgesetz. »Da haben wir ein dickes Brett gebohrt. Jeder Mensch kann jetzt in Bremer Amtsstuben Akteneinsicht verlangen«, freut sich die medienpolitische Sprecherin Anja Stahmann.

Obwohl sich die Regierungsfaktionen von SPD und CDU fünf Jahre lang Zeit gelassen hatten und den bürgerfreundlicheren, grünen Gesetzentwurf ablehnten, ist sie zufrieden. Mit dem im vergangenen Mai verabschiedeten

Informationsfreiheitsgesetz geht Bremen einen wichtigen Schritt hin zu einer transparenten Verwaltung. »Die Praxis wird zeigen, wo nachgebessert werden muss, damit der Amtsschimmel nicht mehr wiehert.«

Jens Crueger 3011-246

Anja Stahmann 3011-234

Hartz-IV-Reform: Soziale Notlagen nicht verschärfen

Mit dem vom Bundestag beschlossenen ›Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende‹ werden weitere Verschärfungen für die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II eingeführt.

Die Auswirkungen der Sanktionen laufen dem eigentlichen Grundgedanken der Reformen zuwider, die zum Ziel haben sollten, Langzeitarbeitslosen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die große Koalition auf Bundesebene hat bereits im März zahlreiche gesetzliche Änderungen im Leistungsrecht kurzfristig in Kraft gesetzt, die immer weiter abrücken von dem Grundsatz, arbeitslose Menschen zu fördern. Stattdessen werden den betroffenen Menschen einseitige Verpflichtungen auferlegt und bei Nichterfüllung mit der Kürzung oder Streichung von Leistungen gedroht.

Die Situation der Arbeitsuchenden wird durch härtere Sanktionen nicht verbessert, im Gegenteil: Soziale Probleme werden sich verschärfen. Gerade Städte wie Bremen und Bremerhaven, in denen die Arbeitslosenquote extrem hoch ist, werden die Folgen tragen:

Mehr Menschen werden von Obdachlosigkeit bedroht sein, weil den Arbeits-

gemeinschaften immer mehr Möglichkeiten eingeräumt werden, die Übernahme der Mietkosten abzulehnen.

Die neue gesetzliche Unterstellung, dass Menschen, die über ein Jahr zusammen leben, eine Wirtschaftsgemeinschaft bilden, wird dazu führen, dass sich Wohngemeinschaften auflösen. Der Sturm auf die ohnehin knappen kleinen Wohnungen wird sich dadurch verstärken.

Die Verpflichtung der Arbeitsgemeinschaften, die Arbeitswilligkeit von arbeitsuchend gemeldeten Menschen durch Sofortangebote zu überprüfen, wird einen erheblichen Mehraufwand für die Verwaltung mit sich bringen.

Die grüne Fraktion fordert in einem Antrag den Senat auf, den so genannten ›Nachbesserungen‹ an der Hartz IV-Reform im Bundesrat nicht zuzustimmen.

Warten auf Godot

Endlose Wartezeiten, überfüllte Flure, nächtliches Anstehen und keine Sicherheit, ob man überhaupt drankommt: Die Situation, die Bremerinnen und Bremer während des Streiks in der Kfz-Zulassungsstelle erlebt haben, ist seit Jahren Alltag im Ausländeramt.

Die Beschwerden über die unzumutbaren Arbeitsabläufe nehmen zu, das zeigen die zahlreiche Untätigkeitsklagen und Widerspruchsverfahren. Um die Ursachen dieser Missstände aufzudecken, hat die grüne Bürgerschaftsfraktion den Experten im Ausländerrecht Albert Timmer mit einem Gutachten beauftragt, das erstmalig die politischen Vorgaben des Innensensors und deren Auswirkungen auf die Praxis in den Mittelpunkt rückt. Fazit: Ermessensspielräume und alternative Handlungsmöglichkeiten werden bewusst nicht ausgeschöpft, obwohl die geltenden Gesetze beispielsweise die Abschaffung von Kettenduldungen bereits vorsehen. Doch dies ist von Innensensor Röwekamp poli-

tisch nicht gewollt. Stattdessen wird vorsätzlich in Kauf genommen, dass rund 3.500 jeweils nur kurzfristig ausgestellte Duldungen zu einer Dauerbelastung der Bremer Ausländerbehörde führen, die vermeidbar wäre. Und damit werden gleichzeitig mögliche Integrationsperspektiven vieler hier geborener oder aufgewachsener Kinder und Jugendlicher versperrt. Der migrationspolitische Sprecher Matthias Güldner dazu: ›Dieser Zustand ist untragbar. Der doppelte Nutzen einer veränderten politischen Steuerung des Ausländeramtes liegt für mich auf der Hand und wird Bestandteil unserer weiteren Arbeit sein.‹



Dieses soll mal ein Haushalt werden. Das ist ein dickes Buch, in dem viele Zahlen stehen. Diese Zahlen bestimmen, wofür der Staat in diesem und im nächsten Jahr Geld ausgeben darf. Jedes Jahr muss das Parlament über den Haushalt beraten und dann beschließen. Erst dann darf der Staat das Geld ausgeben. Eigentlich soll alles Geld im Haushalt sein, das Geld, was der Staat einnimmt, z. B. wenn jemand für Falschparken zahlen muss, und das, was er ausgibt.

Weil aber zu wenig Geld da war, musste der Finanzsenator zu einer Bank gehen und Geld leihen. Das steht auch im Haushalt. Manchmal wird das Geldleihen aber auch versteckt, weil es sonst zu viel Schimpfe gibt. Da sucht man dann jemanden, der reich ist, der leiht das Geld und baut eine Straße dafür. Im Haushalt steht dann nicht die Straße, sondern nur ein winziger Teil Straße. Das nennt man auch Schattenhaushalt, weil die Schulden da sind, man sie aber nicht sieht.

• Weil man fürs Geldleihen und Abstottern Zinsen bezahlen muss, wird es immer knapper, je mehr Geld man sich leiht. Das nennt man dann Haushaltslöcher, die man mit immer neuen Schulden stopfen muss.

Und wenn man immer so weiter macht – aus die Maus, pleite!

›Ursachen für die Überlastung der Bremer Ausländerbehörde – unter besonderer Berücksichtigung der politischen Steuerung‹

Gutachten von Albert Timmer

Download unter www.gruene-bremen.de
oder telefonische Bestellung unter
0421/3011-0

Recht auf Wohnen: nicht für alle?

Entsprechend Hartz IV und Sozialgesetzbuch II dürfen Langzeitarbeitslose und ihre Familien nur noch in Wohnungen mit ›angemessenen‹ Mieten wohnen. Wer die Mietobergrenze dauerhaft überschreitet, muss umziehen. Doch wohin?

Nach Artikel 14 der Bremischen Landesverfassung hat ›Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen [...] ein Recht auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern.‹

Im realen Leben wird dieses Grundrecht leider immer weniger ernst genommen. In Bremen gab es klug ausgehandelte Verträge mit verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften.

Allerdings hat sich die Stadt seit Jahren nicht ausreichend um Obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen gekümmert. Wohnungsbaugesellschaften wurden mit dieser Klientel allein gelassen und hatten immer weniger Interesse an der Aufrechterhaltung der Verträge. Dadurch standen immer mehr Wohnungen leer. Im gleichen Zug wurden kommunale Wohnungsbaugesellschaften, wie die Bremische, direkt an private Investoren verkauft, die kein Interesse daran haben, Menschen mit wenig Geld Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Oder die Wohnungsbaugesellschaft wird gezwungen, hohe Gewinne zu erwirtschaften, die in die Staatskasse fließen sollen. Wie im Fall der Gewoba, zu fast 75% Eigentum des Landes Bremen: Von ihr erwartet die große Koalition eine Rendite

von 13%. Wahrscheinlich aus Angst, diese Gewinnausschüttung dauerhaft nicht gewährleisten zu können, plant das Unternehmen, größere Wohnungsbestände in Bremerhaven zu verkaufen.

Die Grünen haben sich immer gegen den Verkauf von Gewoba-Anteilen ausgesprochen, weil die Wohnungspolitik nicht privaten Investoren mit hohen Gewinnerwartungen überlassen werden soll. Politik muss die Verantwortung dafür übernehmen, dass auch Menschen mit wenig Geld und in schwierigen sozialen Bedingungen angemessen wohnen können.



Gewoba Bremerhaven, Leherheide, Seegersweg 3

Arbeitsmarktger Gelder sinnvoller ausgeben

Obwohl das Land Bremen im Jahr 2005 für Beschäftigung und Qualifizierung allein aus Bundesmitteln und aus dem Europäischen Sozialfonds um die 125 Millionen Euro zur Verfügung hatte, scheinen die Programme nicht ihren Zweck zu erfüllen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken.

Das Land Bremen hat aktuell 50.100 Arbeitslose. Davon gelten 21.500 als langzeitarbeitslos, d.h. sie sind länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Von 100 Arbeitslosen haben 53 keine abgeschlossene Berufsausbildung. Noch gravierender ist das Problem in Bremerhaven: Von 439 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland hat Bremerhaven die dritthöchste Arbeitslosengeld-II-Dichte.

Weil die Arbeitslosenzahlen nicht nennenswert zurückgehen, ist es an der Zeit, dass die große Koalition ihre Arbeitsmarktpolitik neu ausrichtet. Vor allem die Programme der BAGIS, die im letzten Jahr über 50 Prozent der ihr zur Verfügung gestellten Mittel nicht ausgegeben hat und die in erster Linie auf überwiegend perspektivlose Ein-Euro-Jobs setzt, müssen überdacht werden.

Im Interesse der Arbeitslosen wollen wir Grüne, dass mit dem Geld mehr sozialversicherungspflichtige Jobs (wie z. B. ABM-Stellen) und mehr nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden.

Eigeninitiative fördern, Ich-AG erhalten!

Ein Instrument zur Arbeitsförderung, das unserer Meinung nach unbedingt erhalten bleiben sollte, sind die Existenzgründungszuschüsse. Im Jahr 2004 erreichten sie jede fünfte Gründung in Bremen. Studien belegen, dass die sogenannte Ich-AG gleich mehrere positive Effekte mit sich bringt: Sie ist für einen Teil der Arbeitslosen ein vielversprechendes Instrument, um den Weg aus der Arbeitslosigkeit zu finden; und sie erreicht deutlich mehr Frauen als andere Förderinstrumente. Zu den positiven Effekten zählen nicht nur die erfolgreichen Gründungen, sondern auch all jene Fälle, in denen die zwischenzeitliche Selbständigkeit dazu führte, wieder einen sozialversicherungspflichtigen Job zu finden (siehe auch unseren Bürgerschaftsantrag unter www.gruene-bremen.de, Rubrik ›Themen‹, ›Arbeit‹).

Zusammensetzung der Mittel für Maßnahmen zur Arbeitsförderung

- 2,5 Mio. Euro stehen im Haushaltsentwurf der großen Koalition für 2006
- 26,3 Mio. Euro für Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF)
- ca. 72 Mio. Euro vom Bund für Maßnahmen für ALG II-EmpfängerInnen fließen direkt an die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (BAGIS)
- 25 Mio. Euro vom Bund an die ARGE Job-Center in Bremerhaven
- 5 Mio. Euro für Arbeitsmarktförderung aus dem Stahlwerkeverkauf

Wohnen und Arbeiten an der Weser

Eine Mischung aus Schlachte und dem Schaufenster Fischereihafen in Bremerhaven: Wenn es nach den Grünen in Bremen-Nord ginge, würde das ehemalige Gelände der Bremer Wollkämmerei (BWK) schnellstens umgestaltet.

Um ihre Ideen zu verdeutlichen, hat die Stadtteilgruppe Blumenthal für den Nordbremer Kreisverband der Grünen ein anschauliches Modell für das ursprünglich 44 Hektar große BWK-Areal entworfen. Geplant ist ein Nebeneinander von Arbeit in gewerblichen Betrieben und Wohnen, zentrales Element ist der direkte Zugang zur Weser, der durch eine Renaturierung des Geestbaches hergestellt werden soll. Auch für eine wohnungsnaher ärztliche Versorgung und Pflege soll gesorgt sein: Ein Reha-Zentrum mit Ärztehaus und barrierefreie Wohnungen sind fester Bestandteil des Modells.



›Nirgendwo ist festgelegt, dass auf dem BWK-Gelände nur Industrie angesiedelt werden darf, auch wenn dies gern und vor allem in CDU-Kreisen behauptet wird«, erklärt Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion und Vorsitzender des Kreisverbands Bremen-Nord. ›Über die Zukunft des Geländes sollte ein öffentlicher Diskurs stattfinden. Auf keinen Fall darf die Entscheidung darüber dem Lenkungsausschuss der Bremer Investitionsgesellschaft überlassen bleiben.«

Die Grünen setzen sich für eine kleinteilige Wohnbebauung und die Ansiedlung von wohnungsfeldverträglichem Gewerbe ein. Möhle hebt hervor, dass nicht nur den Grünen in Bremen-Nord das Heizkraftwerk und die BREWA-Anlage der BWK ein Dorn im Auge sind: ›Es ist einfach unverantwortlich, dass Sondermüll mitten in einem Wohngebiet verbrannt wird. Neben den gesundheitsschädlichen Auswirkungen aufgrund der Emissionen ist die Anlage ein Schandfleck und schadet dem Image des Stadtteils erheblich. Wir gehen aber davon aus, dass die BWK ihren Standort in Bremen-Nord langfristig aufgibt. Zu hören ist schon länger, dass deren Perspektive dort nicht rosig ist.«

Gegensätze ziehen an

Am 12. Mai wurde die 16. Ausstellung des grünen Galerie-Projekts ›Kunst an der Schlachte‹ mit Arbeiten von Andrea Lühmann (Fotografie) und Sabine Puschmann (Malerei) eröffnet.

Die Bremer Fotografin Andrea Lühmann besuchte mit ihrer Kamera in den vergangenen Jahren zwei Bremer Haftanstalten (JVA Blockland und JVA Oslebshausen) und zeigt die Ergebnisse in ihrer Serie ›9m² Deutschland«. Erzeugen ihre Arbeiten Empfindungen wie Wut, Bedrückung und Trostlosigkeit, geben einer sachlich-kalten Brutalität Ausdruck, vermitteln die Einblicke in die Zellen aber auch die Versuche der Insassen, sich ihre Individualität und ihren Stolz zu wahren.

In vordergründig starkem Gegensatz dazu stehen die in Farb- und Formgebung harmonischen Bilder von Sabine Puschmann, was aber nicht heißt, dass sie nicht auch in ihren Arbeiten, die einen Überblick über ihr Schaffen der Jahre 2005 und 2006 geben, Spannungen zu erzeugen vermag, die auf die Betrachtenden einen faszinierenden Sog ausüben und sie quasi mit gefangen nimmt.

Wie es Usus ist, begrüßte Karin Krusche, kulturpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschafts-

fraktion, die rund 60 Gäste der Vernissage, und wie stets gab sie dabei einen Überblick über die aktuelle kulturpolitische Situation in Bremen. Dabei standen die desolante Haushaltslage Bremens und deren Auswirkungen auf den Kulturbereich im Vordergrund.

Die Ausstellung ist noch bis zum 20. Juli zu sehen (Mo.-Do. 10-16 Uhr, Fr. 10-14 Uhr).



Karin Krusche (Mitte) begrüßt die Gäste. Links im Vordergrund Andrea Lühmann, hinten links Sabine Puschmann.

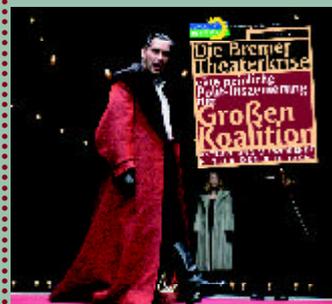
Kinderarmut



Wirtschaft



Theaterkrise



Alle Broschüren als download unter www.gruene-bremen.de oder telefonisch bestellen: 0421/3011-0

service impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft Telefon 0421/3011-0 Telefax 0421/3011-250 e-mail: fraktion@ gruene-bremen.de internet www.gruene- bremen.de	Grund-Layout Designbüro Möhlenkamp Gestaltung + Satz Thomas Kollande Grafik: tok Fotos Dagmar Bleiker, Olaf Bullert, Thomas Kollande, Hans- Joachim Müller- Hanssen, Andrea Quick Druck: Geffken & Köllner, Bremen
---	--

V.i.S.d.P.:
Andrea Quick
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Schlachte 19/20
28195 Bremen